

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellen monatlich 2 M., durch unsere Vertreter zu tragen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postentfalten und Postbehalten sowie unsere Inserate und Geschäftsstellen nehmen liberalerlei Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 2 M. für die 6 gezeichneten Spaltenzeilen über deren Namen, Adressen, die 2 spaltigen Spaltenzeile 2 M. Bei Wiederholung und Jahresanfrage entsprechender Preisnachlässe. Bekanntmachungen im amtlichen Zeit für von Behörden die 2 spaltigen Spaltenzeile 2 M. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vorwärts 10 Uhr. Für die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Jeder Anzeigenentwurf ist, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant zahl.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästle, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 154

Mittwoch den 5. Juli 1922.

81. Jahrgang

## Poincaré über die deutsche Kriegsschuld.

Gegen Herabsetzung der Reparationen.

Keine Anleihe vor Besserung der deutschen Finanzen.

Paris, 2. Juli. Auf einem Festmahle des republikanischen Ausschusses für Handel, Industrie und Landwirtschaft hielt Poincaré eine Rede über die innere und äußere Politik der französischen Regierung. Er sagte u. a., in Frankreich sei im August 1914 niemand so mit Blindheit geschlagen gewesen, daß er den deutschen Angriff entschuldigt und die dauernd friedlichen Absichten der französischen Regierung in Zweifel gezogen hätte. Man hätte solche Männer gesteinigt. Einmütig sei das Volk bis 1917 geblieben. Dann sei eine Zeit des Schwankens gekommen. In der gegenwärtigen Zeit lägen die Phantome des Jahres 1917 erneut auf der Lauer. Die heutigen Defizitisten möchten das kaiserliche Deutschland von der Kriegsschuld befreien und die Grundlagen erschüttern, auf denen die siegreichen Nationen die Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon aufgebaut hätten. Zu gleicher Zeit lieferten sie aber auch Waffen den Ausländern, die die Franzosen als ein militärisches, von Imperialismus erfülltes Volk bezeichneten. Diese gefährliche Propaganda, die sehr häufig von Deutschland oder von bolschewistischer Seite inspiriert werde, werde bald zusammenbrechen, aber die französische Regierung könne keine Beamten dulden, die sich an berattigen Bestrebungen beteiligen.

Ueber die Reparationsfrage sagte Poincaré u. a.: Deutschland arbeite emsig an der Wiederaufrichtung seiner Industrie und seiner Handelskraft. Man dürfe sich zu keiner Erleichterung hergeben, die es den Deutschen gestatten würde, sich auf Kosten ihrer Gläubiger zu bereichern. Die französischen Forderungen seien schon genügend herabgesetzt worden. Frankreich habe keine Reparationen bisher an Stelle Deutschlands bezahlt und hierfür 90 Milliarden vorgeschossen. Werde ein Zusammenbruch Frankreichs für den Handel der gesamten Welt nicht große Folgen haben? Wäre man sich ein, daß dann der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas erleichtert worden sei? Frankreich verfolge nicht lediglich egoistische Zwecke. Es wolle nicht unter der Bürde einer ungerechten Last zusammenbrechen. Es wolle Frankreich bleiben, b. h. ein Land, das im Kriege beruhigt zu sein imstande war, und im Frieden einer der besten Arbeiter für die menschliche Zivilisation und den menschlichen Fortschritt sein wolle.

Wenn wir an Stelle eines Vertrages, den wir für unbefriedigend halten, einen anderen setzen, müssen wir uns mit allen Alliierten, ja sogar mit den feindlichen Nationen verständigen. Aber die eventuellen „Sanktionen“ könnten die Frage auch nicht vollkommen lösen. Wir haben sofort Geld nötig. Wir sind gezwungen, die Reparationen in natura, also die Sachlieferungen, zu entwickeln und die deutschen Arbeiter nutzbar zu verwenden. Poincaré sprach alsdann von der

internationalen Anleihe,

die in Wirklichkeit eine deutsche Anleihe sei, die auf dem auswärtigen Markt begeben werde. Die jetzige französische Regierung sei Anhängerin davon, aber man müsse den richtigen Augenblick wählen. Die Bankiers, gestützt auf ihre Regierungen, hätten bei der Reparationskommission und bei Frankreich angefragt, ob sie nicht den Plan einer Anleihe studieren könnten. Dem habe Frankreich zugestimmt, aber er, Poincaré, habe die Initiative nicht ergriffen, weil er den Augenblick nicht für günstig gehalten habe. Er sei der Ansicht, daß man verfrüht gehandelt habe. Bevor man eine Anleihe ins Auge fasse, müßten die deutschen Finanzen sich gebessert haben. In diesem Augenblick ständen sie aber sehr schlecht. Deutschland sei ein fleißiges Land, das sich gewiß wieder erheben werde. Aber jetzt schon eine Anleihe aufzulegen, das heiße, mit dem Ende beginnen. Angesichts der schlechten Lage Deutschlands hätten die Bankiers den Gedanken einer Herabsetzung der Schuld ins Auge gefaßt. Das haben wir, erklärte Poincaré, nicht annehmen können. (Lebhafte Beifall.) Wenn die Bankiers wüßten, daß man nach dieser Richtung stark bleibe, dann würden sie die Lehre daraus ziehen; er glaube nicht, daß die Frage geschlossen sei. Frankreich wolle leben. Es wünsche den Ruin von niemand. Es könne aber nicht dulden, daß Deutschland sich auf seine Kosten bereichere. Wenn man die Welt wieder aufrichten wolle, müßten zuerst die Kriegsruinen auf französischem Boden wiederhergestellt werden. Lasse man Frankreich im Elend, dann bringe man Europa eine tödliche Wunde bei. Am Europa zu retten, müßte man damit beginnen, die Wiederaufhebung Frankreichs sicherzustellen.

Nachdem Senator Hubert für die interparlamentarische Gruppe der verwoßten Gebiete gesprochen und erklärt hatte, Deutschland müsse Sachlieferungen und Geldzahlungen leisten, wurde eine Vertrauensstagesordnung angenommen.

## Die Tätigkeit des Garantiekomitees.

Die vier Ausschüsse.

Berlin. Wie die Telegraphenunion erfährt, hat das Garantiekomitee nunmehr vier Ausschüsse gebildet. Der erste Ausschuss beschäftigt sich mit den Reichseinnahmen, in ihm führt den Vorsitz ein Engländer, neben ihm ein Franzose und ein Amerikaner. Der zweite Ausschuss hat die Kontrolle über die Reichsausgaben, in ihm hat Belgien den Vorsitz. Der dritte Ausschuss ist derjenige, der die Kapitalflucht aus Deutschland und die Rückführung des bereits aus Deutschland geflüchteten Kapitals behandelt. In ihm führt den Vorsitz der Präsident des Garantiekomitees, der Franzose Monclair. Im vierten Ausschuss, der sich mit statistischen Arbeiten beschäftigt, führt wieder ein Franzose den Vorsitz. Die Arbeiten des vierten Ausschusses sind rein technischer Natur, die sich glatt abwickeln in unmittelbarem Zusammengehen mit dem zuständigen Reichsamt. In den übrigen drei Ausschüssen sind in den vergangenen Tagen jedenfalls Besprechungen grundsätzlicher Art erfolgt. Bis jetzt haben sich die Verhandlungen in durchaus lokaler Weise abgewickelt.

Paris. Ueber die Arbeiten des Garantieausschusses, der sich in Berlin aufhält, verbreitet das Journal des Debats eine Nachricht, in der gesagt wird, trotz der großen Verschiebung, mit der die Arbeiten des Garantieausschusses von der Reparationskommission behandelt würden, glaube man zu wissen, daß für verschiedene Fragen die Grundlage einer Verständigung gefunden sei. Was die finanzielle Kontrolle anbetreffe, würden die Forderungen der Alliierten befriedigt, ohne daß die deutsche Souveränität dadurch geschmälert würde. Die Veröffentlichungen der Statistiken für Ein- und Ausfuhr seien sichergestellt, jedoch mache das Problem der Kapitalflucht Schwierigkeiten, da die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen sehr unbefriedigend erschienen. Die Frage der Autonomie der Reichsbank sei noch nicht endgültig geregelt, aber sie scheine keinen ernstlichen Schwierigkeiten zu begegnen. Wenn die Arbeiten im gleichen Tempo fortschreiten würden, sei es möglich, daß das Garantiekomitee schon Ende der nächsten Woche seinen Bericht erstatten könne.

## Ein neuer Hilferuf der Reichsregierung?

Paris, 3. Juli. Der Berliner Berichterstatter des Pariser Journal meldet aus sicherer Quelle, daß die deutsche Regierung die Absicht habe, das Garantiekomitee einzuladen, dringend bei den Alliierten vorstellig zu werden, um den deutschen Finanzen zu Hilfe zu kommen. Die deutsche Regierung sei nicht in der Lage, den Kurssturz der Mark zu verhindern, daher sei die Zahlung der nächsten fälligen Rate an die Reparationskommission unmöglich geworden. Deutschland werde immer benötigt sein, Getreide im Ausland zu kaufen, bevor es an die Leistungen für die Reparationskommission gehen könne. Zuerst müsse es die eigene Bevölkerung ernähren, um eine Katastrophe zu vermeiden.

Paris, 3. Juli. Ueber die Möglichkeit, heute eine internationale Anleihe zur Regelung der Reparationsfrage zu erlangen, schreibt das Echo de Paris, diese Frage hätten die Bankiers verneint trotz der offenkundigen Polemik, die sie nach Beendigung ihrer Arbeit veröffentlicht hätten. Morgan habe einen französischen Plan nicht angenommen, der von 50 Milliarden Goldmark gesprochen habe, obwohl nur 25 Milliarden hiervon hätten durch eine Anleihe gedeckt werden sollen, während der Rest in der Reparationsforderung durch Sachlieferungen und eine geringe Geldjahreszahlung hätten gedeckt werden sollen. Als man Morgan aufgefordert habe, seine Gedanken zu entwickeln, habe er einen unausführbaren und unannehmbaren Plan improvisiert: dreißig Jahreszahlungen ohne Zinsen, beginnend mit 2 Milliarden und endigend mit 4 Milliarden. Die Reparationskommission hätte nach 20 Jahren zu bestimmen, aber für den Beginn schon hätte der Plan die Herabsetzung des Zahlungsplans ohne Ausgleich durch die interalliierten Schulden und den Verzicht auf die Sanktionen ins Auge gefaßt.

## Annahme des Schutzgesetzes der Republik im Reichsrat.

Das Amnestiegesetz gleichfalls angenommen.

Berlin, 3. Juli. In der heutigen Sitzung des Reichsrates wurde der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik mit 48 gegen 18 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten außer Bayern, die Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Nieder- und Ober Schlesien, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau. Das Amnestiegesetz wurde mit 55 gegen 11 Stimmen gleichfalls angenommen. Dagegen stimmten Bayern und Bremen. Die erforderliche Mehrheit ist also bei beiden Gesetzentwürfen vorhanden.

## Überfall auf Maximilian Harden.

Harden mit Folschlägern bearbeitet.

Berlin, 3. Juli. Gegen 8 Uhr abends wurde Maximilian Harden in der Nähe seiner Wohnung im Grunewald von zwei Männern überfallen und mit Folschlägern bearbeitet. Harden trug fünf Kopfverletzungen davon und wurde bewußtlos in seine Wohnung gebracht. Ein vermurtheter Täter wurde verhaftet.

## Zur Erweiterung der Regierungskoalition durch die U. S. P.

Berlin, 3. Juli. Nachdem bereits am Sonnabend der Parteivorstand der U. S. P. in Berlin zusammengetreten war, um sich mit der Frage zu befassen, ob bei der gegenwärtigen politischen Lage ein Eintritt der U. S. P. in die Regierung möglich sei, beschäftigte sich am Sonntag eine von der Partei einberufene Reichskonferenz mit dieser Frage. Auf dieser Konferenz referierte der Abg. Dr. Kurt Rosenfeld über diese Möglichkeiten und verlangte, daß für den Fall des Eintritts der U. S. P. in die Regierung zur Bedingung nicht nur die heutigen Forderungen des A. D. G. V. und der anderen Spitzenorganisationen gemacht wurden, sondern daß auch die Erfüllung des Bielefelder Abkommens und der bekannten zehn Punkte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Grundbedingung für den Eintritt der Partei in die Regierung gemacht würde. Nach längerer Beratung beschloß schließlich die Konferenz, den Punkt des Leipziger Programms, der die Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien vertritt, aufzugeben. Die Partei ist also entschlossen, in die Regierung einzutreten und damit die Koalition nach links zu erweitern. Wie verlautet, will sich die U. S. P. D. für die Beteiligung an der Regierung und der Regierungskoalition mit zwei Ministern ohne Portfeuille begnügen. Ihre Bestrebungen gehen indessen dahin, auch einen Ressortminister zu stellen. Ueber die Frage, welches Ressort für die U. S. P. in Frage kommt, ist bis zur Stunde noch nicht verhandelt worden.

Am Montag mittag haben, wie gemeldet wird, die Verhandlungen zwischen den Fraktionsvorständen über den Eintritt der U. S. P. D. in die Regierung begonnen. Die Personalfrage steht einstweilen noch im Hintergrund. Man sucht zunächst sich prinzipiell zu verständigen. Die U. S. P. D. wird, sobald die Verhandlungen an einem bestimmten Punkt angelangt sind, an die bürgerlichen Regierungsparteien mit dem Verlangen herantreten, die Regierungsbasis durch Aufnahme der U. S. P. D. zu verbreitern.

## Freispruch im Kriegsprozeß Michelsohn.

Leipzig, 3. Juli. Heute mittag gegen 1 Uhr wurde im Kriegsbeschuldigtenprozeß gegen den praktischen Arzt Dr. Michelsohn vor dem Reichsgericht das Urteil verkündet. Da für die Anschuldigungen der französischen Regierung durch die Verhandlung in keiner Beziehung ein Beweis erbracht werden konnte, wurde der Angeklagte freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Reichskasse.

## Haushaltshilfe.

Erfindungen einer praktischen Wiener Hausfrau.

Wien, im Juni.

Die Begründerin der Fachkurse für Volkspflege, Frau Ane Arlt, hat im Hause Heugasse 12 eine Ausstellungen veranstaltet, in der sie allerlei Sparbehelfe für den Haushalt vorführt. Man kann nur bedauern, daß die Ausstellung nur von den Wienerinnen besucht werden konnte. Man sieht ja solchen Bestrebungen jetzt etwas skeptisch gegenüber: in der Hitze der Kriegszeit ist uns so viel Erjaß und Bergelassen mit Engelszungen vorgepredigt worden, und wie wenig hat sich davon bewährt! Aber leider ist die böse Zeit, da man nach aller dieser Hilfe aussehende, noch lange nicht vorüber, und die meisten Hausfrauen sind heute darauf anaerwiesen, ihren Haushalt ohne Hilfskraft zu ver-